

„Grüne Eliten gegen den Volkswillen“: Populistische Narrative im Bereich der Umweltpolitik

Spätestens seit dem Aufkommen der Klimabewegung rund um *Fridays for Future* im Jahr 2019 ist der Klima- und Umweltschutz in Deutschland wieder zu einem zentralen „Austragungsort gesellschaftlicher Polarisierungen“ (Reusswig et al. 2021a, S. 262) geworden. Während große Teile der Bevölkerung derzeitige umweltpolitische Bestrebungen als nicht ausreichend kritisieren, mobilisieren populistische Akteur*innen vermehrt gegen jegliche Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik. In der sogenannten „Mitte-Studie“ zu rechtsextremen und demokratiegefährdenden Einstellungen in Deutschland zeigen Reusswig et al. (2021a), wie die populistischen Erzählungen von einem „grünen Elitenprojekt“ gegen die „wahren“ Interessen des Volkes in der Gesellschaft verfangen.

Angesichts dieser Herausforderung stellt sich die Frage, inwiefern die deutsche Umweltpolitik mit populistischen Interventionen konfrontiert ist und wodurch sich diese auszeichnen. Im Folgenden werden die zentralen Erkenntnisse einer wissenschaftlichen **Forschungsstandanalyse zu umweltbezogenem Populismus** zusammengefasst.¹ Zunächst wird die **populistische Metaerzählung** auf Basis der Forschungsliteratur anhand der drei Merkmale **Anti-Elitismus**, **Anti-Pluralismus** und **Pro-Volkssouveränität** herausgearbeitet. Die drei Merkmale können dabei in unterschiedlicher Ausprägung vorliegen. Anschließend werden aus der bestehenden Literatur sieben populistische Narrative identifiziert, die Umweltpolitik delegitimieren. Es handelt sich dabei um das Narrativ (1) einer inszenierten Klimakrise; (2) einer geplanten Deindustrialisierung; (3) der absichtlichen Benachteiligung; (4) eines elitären Ideologieprojektes; (5) der Freiheitsberaubung (6) des bedrohten Nationalstaats und (7) der Natur- und Heimatzerstörung. Dabei sind die sieben Narrative z. T. untereinander und in sich widersprüchlich. Solange die übergeordnete populistische Metaerzählung bedient wird, tut dies der Verbreitung der Narrative jedoch keinen Abbruch. Der Text schließt mit einigen zentralen Herausforderungen und offenen Fragen für die Umweltpolitik.

1 Die populistische Metaerzählung

Gilt es umweltbezogenen Populismus zu verstehen, so bedarf es zunächst einer genaueren Betrachtung des Phänomens Populismus. Da der Begriff in verschiedenen Kontexten sehr unterschiedlich verwendet wird, ist eine allgemeingültige Definition schwierig. In der Wissenschaft wird Populismus, je nach Auslegung, als **politische Strategie** zur Sicherung bzw. dem Erlangen von politischer Macht, als besonders „volksnaher“ **Politik- und Kommunikationsstil** oder als eine **Ideologie** im Sinne einer bestimmten Gesellschaftsvorstellung verstanden (Jacob et al. 2020, 305). Diehl (2017) bezeichnet Populismus als eine „politische Logik“, nach der die Macht dem Volk gehöre und Politik Ausdruck eines allgemeinen Volkswillens sein müsse. Populismus erzähle „die Geschichte des von der Elite betrogenen Volkes“ (ebd.). Übergreifend lässt sich auf Basis der Forschungsliteratur die **populistische Metaerzählung** anhand von drei wesentlichen Merkmalen herausarbeiten: Anti-Elitismus, Anti-Pluralismus, Pro-Volkssouveränität.

¹ Die Forschungsstandanalyse – und der vorliegende Text – sind im Rahmen des Forschungsvorhabens „Umweltpolitik und die populistische Herausforderung“ (FKZ 3722 11 103 0) entstanden.

Erstes Merkmal ist eine grundlegende Elitenkritik, die in der Literatur als Anti-Elitismus oder „Anti-Establishment-Orientierung“ (Decker und Lewandowsky 2017, S. 23) bezeichnet wird. Hier wird die Gesellschaft in zwei homogene Gruppen unterteilt, die einander antagonistisch gegenüberstehen: „das reine Volk“ und „die korrupte Elite“ (Mudde 2014, S. 543). Ein „moralisches Unterscheidungskriterium“ (Müller 2016, S. 192) dient dazu, die „schlechten Eliten“ von dem „guten Volk“ abzugrenzen, welches um das, was ihm vermeintlich zustehe, betrogen werde. Anstatt tatsächlich nachweisbare Machtverhältnisse offenzulegen und zu kritisieren, wird eine „Dominanz der Eliten über ein nicht näher bestimmtes ‚Volk‘“ (Müller und Precht 2019, S. 9) ohne empirische Befunde behauptet und für eine pauschale Ablehnung gesellschaftlicher Akteursgruppen herangezogen. Populistische Elitenkritik tritt dabei häufig in Verbindung mit Verschwörungserzählungen auf. Diese beruhen auf der Annahme, „dass als mächtig wahrgenommene Gruppen oder Einzelpersonen einen geheimen Plan verfolgen würden, um der Gesellschaft zu schaden“ (Lamberty und Nocun 2023, S. 49). Die populistische Elitenkritik zeichnet sich demnach durch ein grundlegendes Absprechen der Legitimität (nachfolgend Delegitimierung) vermeintlicher Eliten in Politik, Medien, Zivilgesellschaft, Wirtschaft oder Wissenschaft aus.

In der populistischen Metaerzählung wird Elitenkritik mit einem **antipluralistischen Gesellschaftsverständnis** verbunden. Häufig wird einer „moralisch korrumpierten Elite“ ein als **homogen imaginiertes Volk** gegenübergestellt (Jacob et al. 2020, S. 305). **Das zweite Merkmal der populistischen Metaerzählung, der Anti-Pluralismus**, umfasst daher in erster Linie die Vorstellung von einem homogenen Volk mit einem einheitlichen Ziel und Interesse in Form eines **allgemeinen „Volkswillens“**. Laut Müller (2016) gehe dies mit einer grundlegenden Skepsis gegenüber parlamentarischen Aushandlungsprozessen und daraus resultierenden Kompromissen sowie „gegenüber allen vermittelnden Institutionen“ (S. 199) der Öffentlichkeit einher. Der populistische Anti-Pluralismus sei demnach durch die Ablehnung von Pluralität in Politik, Medien, Wirtschaft, Wissenschaft oder Zivilgesellschaft charakterisiert. Während einige Autor*innen das homogene Volksverständnis primär auf die Idee eines einheitlichen Volkswillens beziehen, erkennen andere darin auch die subtile Behauptung eines in seiner Zusammensetzung homogenen Volkes. Unterschiede und Diversität würden in der Annahme einer homogenen Gesellschaft negiert, die Vielfalt von Werten, Lebensstilen und Weltanschauungen werde angezweifelt oder als illegitim abgewertet. Anti-Pluralismus umschreibe demnach auch die Vorstellung einer homogenen Volksidentität. Wird diese ethnisch oder völkisch-nationalistisch begründet, so spricht die Forschungsliteratur in der Regel von Rechtspopulismus (Decker 2006, S. 17), wobei einige Autor*innen Kultur und Nation nicht nur als identitätsstiftende Merkmale des Rechtspopulismus, sondern generell als charakteristisch für Populismus ansehen (Jacob et al. 2020, S. 305). Dies verdeutlicht die komplexen Überschneidungen zwischen der populistischen Metaerzählung und anderen Phänomenen wie Rechtsextremismus oder Rassismus.

Eng verbunden mit der antipluralistischen Vorstellung einer homogenen Gesellschaft ist die Befürwortung einer **unmittelbaren Volkssouveränität**, **das dritte Merkmal** der populistischen Metaerzählung. Populist*innen inszenieren sich oftmals als (alleinige) Vertreter*innen und Fürsprecher*innen eines „wahren Volkswillens“ (Rensmann 2006, S. 66–67). Dies kann eine starke Gegenposition zur parlamentarischen Demokratie und den damit assoziierten Institutionen beinhalten. In der Bundesrepublik Deutschland „wird [die Staatsgewalt] vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“ (Artikel 20 Abschnitt 2 Satz 2 GG). Dem entgegen werden von populistisch intervenierenden Menschen z. T. Modelle der direkten Machtausübung durch die Bevölkerung (z. B. Plebiszite, Volkstribunale)

anstelle von (und nicht ergänzend zu) Parlamenten favorisiert (Rensmann 2006, S. 66–67). In wenigen Fällen wird darüber hinaus eine politische Machtausübung über die Bevölkerung („Führerdemokratie“)² gefordert. Was zunächst als Widerspruch erscheint, wird von Müller (2016) so erklärt, dass eine einzelne führende Person letztlich die „getreue[] Auftragserfüllung [gegenüber] dem Volk“ (ebd., S. 190) wahrnehme. Somit ginge es bei einer „Führerdemokratie“ lediglich „um die symbolische Repräsentation des ‚wahren Volkes‘, das man gar nicht mehr direkt befragen muss“ (ebd., S. 189). Populist*innen bedienen sich demnach der Selbstlegitimation. Sie postulieren für „das Volk“ zu sprechen, obwohl sie die Bevölkerung gar nicht konsultiert haben. In gesteigerter Form tritt dies durch einen Alleinvertretungsanspruch über eine Gesellschaft auf (Jacob et al. 2020, S. 305 f.). Nicht zuletzt dient der vorgegebliche Mehrheitswille eines einheitlichen Volkes dazu, die Fachexpertise der drei Korrektive von demokratischen Gesellschaften (Journalismus, Wissenschaft, Zivilgesellschaft) zu diskreditieren und zu delegitimieren.

2 Populistische Narrative gegen Umweltpolitik

In der Umweltpolitik wird **die populistische Metaerzählung** einer interessengeleiteten Elite, die gegen die Interessen des Volkes und über den „wahren“ Volkswillen hinweg regiere, zunehmend mobilisiert, um eine **grundlegende Ablehnung von umweltpolitischen Bestrebungen** zu rechtfertigen. Auf Basis der Forschungsliteratur wurden sieben dominante Narrative identifiziert, in denen Elemente der populistischen Erzählung herangezogen werden, um umweltpolitische Akteur*innen und Maßnahmen grundlegend zu delegitimieren.

Dabei zeigt sich in der Forschungsliteratur zu umweltbezogenem Populismus ein besonderer **Fokus auf rechtspopulistische Interventionen**.³ Rechtspopulismus beschreibt nach Mudde (2016, S. 2) die rechteideologische Aufladung des Populismus, d.h. die Verbindung der populistischen Metaerzählung mit einem völkisch-nationalistischen Nativismus⁴ und autoritären Einstellungsmustern. Demnach lassen sich nicht alle unten angeführten Narrative ausschließlich der populistischen Denkweise zuordnen. Vielmehr zeigt sich im Bereich der Umweltpolitik in Teilen ein fließender Übergang zwischen der populistischen Erzählung und **völkischen, nativistischen oder autoritären Ideologien**. Dies erklärt auch die breite Anschlussfähigkeit einzelner Narrative. Denn diese finden sich vereinzelt auch in marktradikalen, rechtslibertären, nationalistischen, rechtsextremen oder völkischen Milieus wieder und wirken bis in die sogenannte „gesellschaftliche Mitte“ hinein (Richter et al. 2022, S. 91). Auch Reusswig und Küpper unterstreichen diese These: „Über Klimapolitik sind Personen bis weit in die Mitte offenkundig durch Populismus erreichbar und lassen sich über völkisch-autoritär-rebellische Angebote bis zum Rechtsextremismus und der Billigung von politischer Gewalt verführen“ (2023, S. 313)⁵.

² Analog hierzu wird mit den Begriffen „illiberale Demokratie“ oder „autoritäre Massendemokratie“ operiert. Im Kern geht es dabei um eine Umformung der Demokratie zugunsten einer autoritären Gesellschaft.

³ Es bleibt jedoch zu beobachten, inwiefern auch neue linkspopulistische Akteur*innen in Zukunft die umweltbezogenen Narrative bedienen und/oder adaptieren.

⁴ In der nativistischen Erzählung wird der Volksbegriff ethnisch-kulturell aufgeladen (Reusswig und Küpper 2020, S. 66), sodass grenzüberschreitende Migration, aber auch internationale Vereinbarungen als Gefahr für ein als „rein“ gedachtes Volk oder die Souveränität eines vermeintlich homogenen Nationalstaats angesehen werden.

⁵ In der aktuellen „Mitte-Studie“ wird der Zusammenhang zwischen klimapolitisch regressiven und demokratiegefährdenden Einstellungen deutlich: „Die Haltung zu Klimaschutz und Energietransformation hängt bemerkenswert deutlich und in ganzer Bandbreite mit demokratiegefährdenden Einstellungen zusammen. Je eher die Befragten klimapolitisch progressive Positionen teilen, desto demokratischer sind die Befragten eingestellt. Vor allem aber sind jene, die eher klimapolitisch regressive Positionen teilen, feindlicher gegenüber der Demokratie eingestellt. [...] Die Regressiven und gleichermaßen die Ambivalenten neigen deutlich eher zu Populismus und Autoritarismus, ebenfalls zu Verschwörungsglauben und Misstrauen gegenüber den etablierten Medien. Ausgeprägter sind auch ihre völkisch-autoritär-rebellischen und rechtsextremen Einstellungen.“ (Reusswig und Küpper 2023, S. 308).

Die folgenden Narrative sollen daher die dominanten populistischen Argumentationsmuster im Bereich der Umweltpolitik wiedergeben, ohne ihre komplexen Überschneidungen mit anderen Ideologien zu übergehen.

1. „Der Klimawandel ist ein Schwindel“ – Das Narrativ einer inszenierten Klimakrise

Eine der zentralen Herausforderungen der Umweltpolitik ist die menschengemachte globale Erderwärmung, welche sich nach aktuellem Forschungsstand nur durch eine Reduktion der Treibhausgase in der Atmosphäre begrenzen lässt (IPCC 2023). Entgegen diesem allgemeinen Konsens unter Wissenschaftler*innen, existiert ein populistisches Narrativ, welches nicht nur die Existenz der Klimakrise in Frage stellt, sondern diese als ein Konstrukt von „Eliten“ in Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft bezeichnet (Meilicke und Strobel 2023, S. 11).

Dabei ist Kritik an Umwelt- und Klimapolitik nicht per se populistisch. Vielmehr verorten Reusswig et al. (2021b, S. 31 f.) das populistische Element in einem **Deutungsrahmen**, der sich aus einer bestimmten Problemdefinition, Ursachenbeschreibung, moralischen Bewertung und Handlungsempfehlung zusammensetzt. So werde bei der populistischen Kritik das Problem nicht in dem Phänomen selbst – dem Klimawandel – verortet, sondern in einer vermeintlich interessengeleiteten Klimaforschung oder einer „hysterischen“ gesellschaftlichen Stimmung. Als Ursache werde dabei angeführt, dass sich politische Eliten von einer sachbasierten Gemeinwohlorientierung verabschiedet hätten und sich von der „hysterischen Stimmung“ in Wissenschaft, Medien und Gesellschaft oder von wirtschaftlichen Lobbyinteressen leiten ließen. Dabei werde das Verhalten der vermeintlichen Eliten als unmoralisch, unehrlich und eigennützig bewertet und die Lösung in dem Zurückdrängen vermeintlich „klimahysterischer“ Akteur*innen und Narrative gesehen (ebd.).

Die **Leugnung des menschengemachten Klimawandels** ist demnach Kernbestandteil eines umweltpolitisch regressiven Populismus. Dabei tritt sie in unterschiedlichen Formen auf. Meist wird zwischen **Trend-, Ursachen- und Folgenskepsis** unterschieden. Während ersteres den Trend der Erderwärmung selbst in Frage stellt, handelt es sich bei der Ursachenskepsis um die Bezweiflung des menschlichen Einflusses und letzteres bestreitet die negativen Folgen eines sich erwärmenden Klimas (Rahmstorf und Schellnhuber 2014, S. 86 f.). So wird die Erderwärmung beispielsweise als normale Temperaturschwankung dargestellt, ihre Ursachen in natürlichen Prozessen wie schwankender Sonnenaktivität oder der Erwärmung der Ozeane verortet und argumentiert, dass der Klimawandel mehr Nutzen als Schaden bringe (Quent et al. 2022, S. 193 ff.). Auch die **Infragestellung eines wissenschaftlichen Konsenses** über die Existenz der Klimakrise zählt zur Klimawandelleugnung (Lamberty und Nocun 2023, S. 48). Darüber hinaus werde die Leugnung des menschengemachten Klimawandels laut Reusswig und Küpper (2023) mittlerweile durch einen „**Verzögerungsdiskurs**“ ergänzt, der konsequenten Klimaschutz als „sinnlos, schädlich oder zu spät“ (S. 293) bezeichne, die Verantwortung für klimapolitisches Handeln externalisiere oder die Notwendigkeit von umfassenden strukturellen Veränderungen negiere (King et al. 2022, S. 4).

Mit der Infragestellung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel gehe laut Kumkar (2022) nicht nur die Delegitimation von Wissen, sondern auch eine allgemeine Skepsis gegenüber der Politik einher. Klimawandelskeptische Gegenexpertisen erzeugten ein **grundlegendes Misstrauen gegenüber politischen Institutionen**, indem sie den Verdacht nahelegten, dass trotz widersprüchlicher Expertisen eine falsche wissenschaftliche Eindeutigkeit kommuniziert würde, um bestimmte politische Entscheidungen oder Maßnahmen (bspw. die Reduktion von CO₂-Emissionen) zu legitimieren und umzusetzen (ebd., S. 162). Insbesondere in Verbindung mit Verschwörungsideologien kommt hier die populistische Metaerzählung von einer interessengeleiteten Elite und einem betrogenen Volk ins Spiel.

So wird der wissenschaftlich erarbeitete Konsens zur Existenz der Klimakrise beispielsweise als Schwindel, Verschwörung oder Inszenierung von „denen da oben“ interpretiert (Lamberty und Nocun 2023, S. 49; Van der Linden 2015 oder Sarathchandra und Haltinner 2021 zu den USA)⁶.

Populistisch aufgeladene **Verschwörungserzählungen** rund um die Klimakrise umfassen dabei u. a. das **Narrativ einer korrupten Wissenschaft** mit manipulierten Herangehensweisen und falschen Annahmen (Sommer et al. 2022, S. 61; Van Rensburg 2015, S. 4). Beispielsweise wird unabhängigen Institutionen wie dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)⁷ unterstellt, sie würden als Teil einer globalen Elite unter dem Deckmantel des Klimaschutzes auf eine vermeintliche „neue Weltordnung“ hinarbeiten (Lamberty und Nocun 2023, S. 51). Darüber hinaus wird vermeintlichen Eliten eine **gezielte Beeinflussung von Wetter und Atmosphäre** nachgesagt. Beispielsweise werden Extremwetterereignisse und Naturkatastrophen wie Waldbrände oder Überschwemmungen als „Wettermanipulation“, „Komplott“ oder „Inszenierung“ der Regierung, der Wissenschaft, „globaler Eliten“ oder einzelner Akteur*innen bezeichnet (ebd., S. 50 ff.; s. auch Nocun 2023). Solche Erzählungen gehen dabei häufig mit dem Vorwurf einher, Medienschaffende würden absichtlich Sachverhalte verzerren oder vertuschen, um in der Bevölkerung Angst und Panik zu schüren (Lamberty und Nocun 2023, S. 52).

Über die Anhänger*innen dominanter Verschwörungsideologien (z. B. QAnon, Great Reset, Chemtrails) hinaus, findet sich das Narrativ einer inszenierten Klimakrise auch bei anderen Akteur*innen wieder. Laut Brunnengräber (2018, S. 275) bezeichne das Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE) den Klimawandel beispielsweise als „Schwindel“ gegenüber der Bevölkerung. Aber auch auf parteipolitischer Ebene seien zentrale Elemente der Klimawandelleugnung zu vernehmen, allen voran in den Wahlprogrammen und Aktivitäten der Alternative für Deutschland (AfD) (Sommer et al. 2022, S. 57; Schaller und Carius 2019, 84 ff.). Darüber hinaus beobachten Brunnengräber (2018, S. 282 f.) und Quent et al. (2022, S. 170 f.) auch vereinzelt klimawandelskeptische Aktivitäten und Äußerungen aus dem Umfeld weiterer Parteien im Bundestag.

2. „Auf Kosten der Volkswirtschaft“ – Das Narrativ einer geplanten Deindustrialisierung

Ein weiteres zentrales Narrativ, das zur Begründung einer pauschalen Ablehnung von Klimapolitik und Energiewende herangezogen wird, ist die **mutwillige Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland als Konsequenz „irrationaler“ Politik**. Insbesondere im Zuge der Energiewende, so die Erzählung, drohten Wettbewerbsverzerrung, Wohlstandsrückgang und Arbeitsplatzverluste sowie eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich (Brunnengräber 2018, S. 278; Sturm 2020, S. 81; Jacob et al. 2020, S. 304).

In seiner populistischen Aufladung geht das Narrativ dabei über belegte Kritik an den marktwirtschaftlichen Folgen eines ökologischen Umbaus hinaus und unterstellt mit der Metaerzählung einer „grünen Elite“ und einem „betrogenen Volk“ umweltpolitischen Akteur*innen die **geplante Deindustrialisierung oder eine mutwillige Zerstörung des deutschen Wirtschaftssystems**. Insbesondere die Transformation der Automobilindustrie werde dabei, so Sturm (2020, S. 81), als Angriff auf das Herzstück der deutschen Wirtschaft

⁶ Verschwörungserzählungen beruhen auf Behauptungen, welche sich der Verifizierbarkeit und Falsifizierbarkeit – zwei Kriterien wissenschaftlicher Theoriebildung – entziehen. Es geht somit um „gefühlte statt um echte, objektive Wahrheiten“ (Skudlarek 2023, S. 29). Über die Themen Umwelt und Klima hinaus, weisen Verschwörungserzählungen dabei eine wiederkehrende Grundstruktur auf: „Immer ist eine mächtige, als moralisch verdorben imaginierte Elite im Begriff, ihre Macht zu nutzen, um klammheimlich – und paradoxerweise gleichzeitig für jeden erkennbar – die Geschicke der Welt in ihrem Sinne zu lenken“ (ebd., S. 33).

⁷ Bei dem 1988 gegründeten IPCC handelt es sich um einen von der Vollversammlung der Vereinten Nationen beauftragten Expert*innenstab, dessen Aufgabe darin besteht, den Forschungsstand zum Klimawandel zu sichten und zu synthetisieren. In Rücksprache mit Delegierten der Mitgliedsnationen veröffentlicht der IPCC jährlich einen zusammenfassenden Bericht, welcher der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird (Kumkar 2022, 143 f.).

stilisiert. Darüber hinaus warne beispielsweise die AfD vor marktwirtschaftlicher Verzerrung durch ideologiegetriebene Klimapolitik sowie vor als „planwirtschaftliche Eingriffe“ dargestellten Subventionen und staatlicher Regulierung im Bereich der erneuerbaren Energien (Götze und Kirchner 2016, S. 5). Die Energiewende sei grundsätzlich abzulehnen, so die Argumentation, da steigende Strompreise im Zuge des Umstiegs auf erneuerbare Energien zwangsläufig zu wirtschaftlichem Niedergang und sinkenden Lebensstandards führen würden (Schaller und Carius 2019, S. 14). Ähnliche, z. T. jedoch abgeschwächte Argumentationslinien arbeitet Brunnengräber (2018) bei einzelnen Vertreter*innen demokratischer Parteien, marktradikalen und klimawandelskeptischen Instituten und Think-Tanks, Akteur*innen der fossilen Lobby sowie in Boulevard- und „rechten“ Alternativmedien heraus. Mit solchen – häufig unbelegten (Schaller und Carius 2019, S. 14) oder längst widerlegten – Angstszenerien einer geplanten Deindustrialisierung der deutschen Wirtschaft adressiert die populistische Erzählung laut Sturm (2020, S. 81) eine tiefsitzende Sorge der Bevölkerung vor einem globalisierungsbedingten Strukturwandel und appelliert an einen weit verbreiteten Stolz auf die deutsche (Automobil)Industrie.

Mit dem Narrativ einer geplanten Deindustrialisierung gehe oftmals die Erzählung einer drohenden Gefährdung der Stromversorgung aufgrund des Kohleausstiegs einher (ebd., S. 80). Im Umkehrschluss würden die weitere Förderung und Nutzung von Braunkohle sowie die Nutzung von Atomkraft befürwortet, zumal dies heimische Energieträger seien, die die nationale Energiesicherheit garantierten (Forchtner und Özvatan 2020, S. 228; Sommer et al. 2022, S. 65).

3. „Zu Lasten des Volkes“ – Das Narrativ der beabsichtigten Benachteiligung

Mit der Erzählung einer drohenden Deindustrialisierung ist z. T. auch die Ablehnung von Klima- und Umweltschutz als grundsätzlich sozial ungerecht verbunden. Nachhaltigkeitspolitiken, so die Begründung, erfolgten immer **zu Lasten von Geringverdiener*innen oder auf Kosten des Volkes und des „kleinen Mannes“** (Sommer et al. 2022, S. 62 ff.).

Dass Klima- und Umweltschutzmaßnahmen soziale Ungleichheiten verschärfen können, ist zunächst keine populistische Position, sondern durchaus belegt, zumal umweltpolitische Maßnahmen ohne entsprechende Ausgleichsinstrumente durchaus zu einer zusätzlichen Belastung ökonomisch schlechter gestellter Menschen führen können (Noka et al. 2021, S. 13 f.). Im Falle populistischer Argumentationsmuster folgt aus der Kritik an sozialen Verteilungsfolgen jedoch die pauschale Schlussfolgerung, dass Umweltpolitik per se ungerecht sei (Sturm 2020, S. 80). Mögliche soziale Ungleichheiten werden instrumentalisiert, um die Energiewende oder Nachhaltigkeitspolitiken im Allgemeinen zu delegitimieren, anstatt ihre Umsetzung gerechter zu gestalten (Reusswig et al. 2021b, S. 25). Die Ablehnung von Klima- und Umweltpolitik werde dabei durch die populistische Metaerzählung des „gemeinen Volkes“ oder des „kleinen Mannes“ begründet, welche durch irrationale Politik übermäßig oder sogar mutwillig belastet würden (Sommer et al. 2022, S. 67).

So argumentiere laut Sommer et al. (2022, S. 66) beispielsweise die AfD, dass steigende Energiepreise ökonomisch schlechter gestellte Menschen zwangsläufig disproportional belasten würden und die Energiepolitik einem Umverteilungsprojekt zugunsten der oberen Bevölkerungsschichten gleichkomme. Eine solche Argumentation **instrumentalisiert real existierende Verteilungsfolgen, um umweltpolitische Bestrebungen grundlegend zu delegitimieren**, ohne jedoch die sozio-ökonomischen Ungleichheitsverhältnisse zu adressieren. Dabei wird nicht nur außer Acht gelassen, dass umweltpolitische Maßnahmen, wie beispielsweise eine CO₂-Bepreisung, so ausgestaltet und flankiert werden können, dass benachteiligte Gruppen verhältnismäßig weniger belastet werden oder sogar von den Maßnahmen profitieren (Kaestner und Sommer 2021, S. 280). Auch die Erkenntnis, dass

Geringverdiener*innen von den Folgen eines ungebremsten Klimawandels besonders betroffen sind (z. B. Beermann et al. 2021, S. 48), wird übergangen.

Auch in „rechten“ Medien sei die Stilisierung des „kleinen Mannes“ als Leidtragender der Energiewende weit verbreitet (Forchtner et al. 2018, S. 597)⁸. Dies werde häufig mit einem „Opfer“-Motiv verbunden, wonach die negativen Auswirkungen der Energiewende von einer urbanen Elite ausschließlich auf die sozial und ökonomisch benachteiligte Bevölkerung in ländlichen und marginalisierten Räumen abgewälzt würden (Radtke et al. 2019, S. 5). Auch hier knüpft die populistische Erzählung an belegbare regionale Verteilungswirkungen der Energiewende an, um eine pauschale Ablehnung des Ausbaus erneuerbarer Energien zu begründen.

4. „Drohende Ökodiktatur“ – Das Narrativ der Freiheitsberaubung

Auch die Erzählung einer „freiheitsberaubenden Öko-Diktatur“ dient der pauschalen Ablehnung von Nachhaltigkeitspolitiken, insbesondere im Bereich individueller Konsummuster und Verhaltensweisen. Dabei werden **umweltpolitische Regulierungen als autoritäre und antidemokratische Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte** verzerrt – ein Argumentationsmuster, bei dem sich laut Blühdorn (2020, S. 307) die populistische und neoliberale Rhetorik überschneiden. Beispielsweise warne die vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestufte AfD vor einem „totalitären System“ und „Klima-Sozialisten“ (Küppers 2022) und ziehe Vergleiche zwischen dem Green Deal der Europäischen Kommission und den diktatorischen Maßnahmen der DDR (Sturm 2020, S. 84). Aber auch bei dem klimawandelskeptischen Institut EIKE (Sommer et al. 2022, S. 71) oder in „rechten“ Medien, wie dem Blog Politically Incorrect (Forchtner et al. 2018), finde sich die Erzählung wieder.

Seit der Corona-Krise wird das Narrativ der Freiheitsberaubung zudem vermehrt mit der verschwörungsideologischen **Erzählung eines drohenden „Klimalockdowns“** verbunden, um gegen Klimaschutzmaßnahmen zu agitieren (Matlach et al. 2021, S. 4). Als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Unzulänglichkeit des damaligen Klimaschutzgesetzes im April 2021 verbreitete sich der Begriff „von kleineren rechten Gruppen und Verschwörungsgruppen in die breitere deutsche Öffentlichkeit“ (ebd.). Insbesondere im Zeitraum des Bundestagswahlkampfes 2021 diente die Rhetorik des „Klimalockdowns und der Klimadiktatur“ dazu, umweltpolitische Akteur*innen und ihre Forderungen nach mehr Klimaschutz zu delegitimieren (ebd., S. 11)⁹. Dabei knüpft die Erzählung eines drohenden Klimalockdowns an **Verschwörungsideologien einer „Plandemie“ oder eines „Great Resets“** an, nach denen die Coronamaßnahmen eine Art Vorstufe auf dem Weg in die Klimadiktatur seien (Quent et al. 2022, S. 204 f.).

Das Narrativ der Freiheitseinschränkung geht dabei häufig mit einer Stilisierung von **Nachhaltigkeitspolitiken als Kulturkampf oder Angriff auf die traditionelle Lebensweise und den Status quo** einher. Dabei werde eine gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen urbanen

⁸ Reusswig und Küpper (2023) beobachten überdies, dass der drastische Anstieg der Energiepreise in Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch rechtspopulistische Akteur*innen „in eine Kontinuitätslinie einer viel zu teuren und ‚gescheiterten‘ Energiewende gestellt [wird], die schon immer ein grünes ‚Elitenprojekt‘ gegen die ‚Mehrheit des Volkes‘ gewesen sei“ (S. 289). Die Autor*innen konstatieren: „Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine werden dem Klimaschutz in die Schuhe geschoben“ (ebd.).

⁹ Reusswig und Küpper (2023, S. 294, 299) weisen außerdem darauf hin, dass die Begriffe „Ökoterrorismus“ oder „Klimaterrorismus“ vermehrt dazu genutzt werden, umweltpolitische Akteur*innen und Maßnahmen zu diskreditieren.

Kosmopolit*innen und traditionalistisch eingestellten Kommunitarist*innen¹⁰ gezogen (Sturm 2020, S. 82; Lockwood 2018, S. 723 f.). Die Einschränkung bestimmter als kommunitaristisch verstandener Verhaltensmuster, wie beispielsweise Autofahren oder Fleischkonsum, würden dabei als Bedrohung für einen traditionellen Lebensstil dargestellt (Sturm 2020, S. 83). Staatliche Akteur*innen sowie Klima- und Umweltaktivist*innen würden als **Feindbild und Verkörperung kosmopolitischer Werte** gelten (ebd., S. 82; Matlach und Janulewicz 2021, S. 5).

5. „Wider gesunden Menschenverstand“ – Das Narrativ eines elitären Ideologieprojektes

Eine weitere, wiederkehrende Erzählung ist das Narrativ der Umweltpolitik als elitäres Ideologieprojekt. Umweltpolitische Maßnahmen, so die Argumentation, würden von einer interessengeleiteten Elite gegen das Gemeinwohl und die Interessen des Volkes durchgesetzt (Selk und Kemmerzell 2022, S. 764). Die „wahren“ Gründe hinter umweltpolitischen Bestrebungen seien demnach nicht wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern politische, ideologische (Forchtner und Kølvråa 2015, S. 213) oder finanzielle Motive (Winter et al. 2022, S. 1201). Eine moralisierende und abgehobene urbane oder transnationale Elite handele entgegen den Interessen der einfachen Leute und der ländlichen Bevölkerung (Jacob et al. 2020, S. 307). Insbesondere die Energiewende werde als „typisches Megaprojekt der politischen Elite“ (Reusswig et al. 2020, S. 155) beschrieben, an dem sich grüne Ideolog*innen und Profiteur*innen bereicherten (ebd. S. 146 und S. 155) und das von Expert*innen oder Lobbyist*innen angetrieben werde (Selk et al. 2019, S. 54). Der zentrale Vorwurf dabei lautet, dass sich die „politischen Eliten“ nicht am Gemeinwohl orientierten und sich stattdessen von einer vermeintlich **hysterischen Stimmung in Wissenschaft, Medien und Gesellschaft** leiten ließen oder die wirtschaftlichen Interessen von Profiteur*innen (bspw. der Windkraftbranche) vertreten würden (Reusswig et al. 2021b, S. 31 f.). **Vorwürfe eines irrationalen Alarmismus oder einer „quasi-religiösen, kultähnlichen Klima-Hysterie“** zielten darauf ab, Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und umweltpolitische Maßnahmen ins Lächerliche zu ziehen und zu diskreditieren (Matlach und Janulewicz 2021, S. 5). Dies gehe häufig mit **sexistischen und menschenverachtenden Angriffen** auf (junge) Frauen in der Klima- und Umweltbewegung einher (Quent et al. 2022, S. 191; Dave et al. 2020).

Häufig wird der wissenschaftlichen Expertise, der komplexe, meist technokratische Umsetzungsprozesse im Bereich der Klimapolitik zugrunde liegen, ein gesunder Menschenverstand gegenübergestellt (Sommer et al. 2022, S. 68). Doch gerade mit Bezug zur Energiewende, wird das Argument des gesunden Menschenverstands flexibel und teils widersprüchlich eingesetzt. Laut Eichenauer et al. (2018, S. 643 f.) verbinde beispielsweise die AfD in ihrer Ablehnung erneuerbarer Energien eine solche Erzählung mit dem Vorwurf der ideologiegetriebenen Technikfeindlichkeit und spreche sich für die Nutzung von Atomkraft und Fracking aus. Eine **selektive und ambivalente Wissenschaftsgläubigkeit** beobachtet auch Marg (2023, S. 32) in ihrer Analyse eines „**technokratischen Populismus**“ in der Energiewende. Dieser fokussiert auf den vermeintlich fehlenden technischen und wissenschaftlichen Sachverstand politischer Akteur*innen und unterstellt ihnen ideologische Motive, während (natur)wissenschaftlichen Expert*innen Kompetenz und Gemeinwohlorientierung zugeschrieben wird (ebd., S. 36). Politik, so die Argumentation, müsse sich allein an den technischen Maß- und Vorgaben der Wissenschaft orientieren – dies sei nicht

¹⁰ Wolfgang Merkel (2017, S. 12) beschreibt Kosmopolit*innen und Kommunitarist*innen wie folgt: „Kosmopoliten sind überdurchschnittlich gebildet, verfügen über ein überdurchschnittliches Einkommen, hohes Human- und Kulturkapital; sie präferieren den Multikulturalismus, lehnen Assimilation ab und sind sowohl räumlich wie beruflich sehr mobil. Sie sind tendenziell die Gewinner der Globalisierung. [...] Kommunitaristen können idealtypisch über die jeweiligen Gegenpole zu den kosmopolitischen Charakteristika gezeichnet werden. Sie sind eher unterdurchschnittlich gebildet, verdienen weniger als der Durchschnitt, verfügen über – im Wortsinne – begrenztes Human- und Kulturkapital; sie lehnen Multikulturalismus ab und sind weder räumlich noch professionell jenseits des Nationalstaats sehr mobil. Kommunitaristen tendieren dazu, die Verlierer der Globalisierung zu sein und ein besonderes ökonomisches wie kulturelles Interesse an der Erhaltung nationalstaatlich eng kontrollierter Grenzen zu haben.“

nur Ausdruck des allgemeinen Volkswillens, sondern entspräche dem „gesunden Menschenverstand“. Demnach, so Marg, wirke jegliche Abweichung von dem, was als legitime wissenschaftliche Expertise angesehen wird, wie ein „Verrat“ am Willen des Volkes (ebd., S. 38). Die wissenschaftliche Notwendigkeit einer Energiewende wird hier anerkannt, jedoch wird eine politische Ausgestaltung der Umsetzung abgelehnt und sich allein auf technische Maßgaben und Möglichkeiten berufen. Eine solche „Wissenschaftshörigkeit“ könne laut Marg besonders in Verbindung mit einem antipluralistischen Wissenschaftsverständnis „Politik als Entscheidungszentrum delegitimieren und so eine Demokratie aushöhlen“ (ebd., S. 42).

6. „Gelenkt durch globale Kräfte“ – Das Narrativ des bedrohten Nationalstaats

Im Narrativ des bedrohten Nationalstaats wird die populistische Ablehnung von Umweltpolitik mit **nationalistischen Einstellungsmustern** verknüpft (Schaller und Carius 2019, S. 14). Insbesondere transnationaler Klimapolitik, aber auch anderen umweltpolitischen Vorgaben durch multilaterale Organisationen, wie der Europäischen Union, den Vereinten Nationen oder dem IPCC, werde dabei die Legitimität abgesprochen. Dies gehe häufig mit einer starken Europaskepsis einher. Europäische Vereinbarungen würden einem **Verlust der nationalen Souveränität** gleichkommen, so die Begründung, da der Nationalstaat seine Entscheidungshoheit an die EU abtrete (Jacob et al. 2020, S. 303 ff.). Umweltpolitische Vorgaben durch nicht-majoritäre, transnationale Organisationen¹¹ würden dabei als per se undemokratisch oder gar diktatorisch dargestellt (Sturm 2020, S. 84). Darüber hinaus würden internationale Institutionen als elitär, technokratisch und von den Bürger*innen entfremdet wahrgenommen (Böhme et al. 2023, S. 16). Hier werde der Eindruck vermittelt, das Volk würde durch „elitäre globale Kräfte“ unter Druck gesetzt und dem Umweltschutz untergeordnet (Forchtner et al. 2018, S. 591).

So werde ein populistisch aufgeladener moralischer Gegensatz gezogen zwischen dem „guten Volk“, das die nationale Souveränität verteidigt, und den „bösen transnationalen Eliten“, die die nationale Unabhängigkeit untergraben (Forchtner und Özvatan 2022, S. 219). Dabei spielen **antisemitische, rassistische und queerfeindliche Verschwörungsideologien** eine wichtige Rolle¹². Die populistische Metaerzählung von Volk vs. Elite werde darüber hinaus mit dem **rechtsideologischen Kern des Nationalismus und Autoritarismus** aufgeladen (Lockwood 2018, S. 726; Turner und Bailey 2022).

Dabei bestehen innerhalb der Argumentationslogik erhebliche Widersprüche. So zeigt Sturm in seiner Analyse (2020, S. 85) beispielsweise, dass die AfD einerseits international koordinierte Umweltpolitik ablehne, gleichzeitig aber der Bundesregierung einen nationalen Alleingang beim Klimaschutz vorwerfe, der in Anbetracht der Globalität des Klimawandels wirkungslos sei (ebd.). In der Argumentation werde sich auf den vermeintlich geringen Beitrag Deutschlands zu den globalen CO₂-Emissionen berufen (z. B. „Deutschland ist nur für 2% der globalen Emissionen verantwortlich“) (Jacob et al. 2020, S. 303). Im Vergleich würden andere Länder, insbesondere China oder Indien, in größerem Maße für den globalen CO₂-Anstieg verantwortlich gemacht, um gegen nationale Minderungsmaßnahmen zu argumentieren – eine Begründung, die

¹¹ Als nicht-majoritär werden Institutionen wie (Verfassungs-)Gerichte und Zentralbanken, aber auch supranationale Institutionen, wie die Europäische Kommission oder die Vereinten Nationen bezeichnet, da sie der kollektiven, demokratischen Kontrolle entzogen sind (Manow 2021, S. 34).

¹² Ein Beispiel ist die Erzählung vom „Great Reset“. Die Inszenierung von Maßnahmen der Pandemiebekämpfung als Probelauf für einen klimatotalitären Umbau der Weltordnung verbinde sich in klimaskeptischen Diskursen mit der Warnung vor einem drohenden Bevölkerungsaustausch (in Form einer angeblichen „Vernichtung“ der Europäer*innen durch grenzüberschreitende Migration) oder mit antisemitischen Thesen zu vermeintlichen Profiteur*innen eines Resets, wie beispielsweise das internationale Finanzkapital, „globalistische Eliten“, aber auch Einzelpersonen wie der Investor George Soros oder die Familie Rothschild (Richter et al. 2022, S. 85). Zudem nähmen im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine antifeministische und homophobe sowie trans- und queerfeindliche (Stichworte „Homo- oder Translobby“ oder „Gayropa“) Narrative zu (Blumenthaler 2022).

verkenne, dass Deutschlands derzeitige CO₂-Emissionen pro Kopf höher sind als z. B. Chinas (Matlach und Janulewicz 2021, S. 17)¹³.

7. „Bedrohte Kulturlandschaften“: Das Narrativ der Natur- und Heimatzerstörung

Auch das Narrativ der Natur- und Heimatzerstörung dient der pauschalen Ablehnung umweltpolitischer Maßnahmen, insbesondere im Bereich Klimaschutz und Energiewende. Dabei lasse sich das Narrativ vor allem völkischen und rechtsextremen Kreisen zuordnen, jedoch finde die Argumentationsweise durchaus auch bei rechtspopulistischen Akteur*innen Anklang (Sommer et al. 2022, S. 72 f.; Quent et al. 2022, S. 111 ff.), beispielsweise, wenn von „grünen urbanen Eliten“ und Energiewende-Unternehmen die Rede ist, die sich auf Kosten einer heimatlichen Umwelt bereicherten. So nutze neben der AfD auch die Bundesinitiative „Vernunftkraft e. V.“ „das populistische Kern-Narrativ der korrupten Eliten, die das Volk betrügen“ (Reusswig et al. 2020, S. 147), um gegen die Energiewende zu mobilisieren. Dabei sind zwei Begründungsmuster zentral:

Zum einen wird der Ausbau erneuerbarer Energien als **Gefahr für das Tierwohl und den Artenschutz** herausgestellt. Beispielsweise würden Windkraftanlagen für das Sterben von Vögeln, Insekten und Fledermäusen verantwortlich gemacht (Otteni und Weisskircher 2022, S. 321; Küppers 2022, S. 15). Auch die menschliche Gesundheit werde in Gefahr gewährt. Während eine Vielzahl an Studien besagt, dass Windkraftanlagen keine negativen gesundheitlichen Folgen für den Menschen hätten (McCunney et al. 2014; Knopper und Ollson 2011), werde hier behauptet, dass sie die Ursache für Erschöpfung, Tumore oder Fehlbildungen seien (Winter et al. 2022, S. 1201). Wie in mehreren der bereits angeführten Narrative, wird sich auch hier der **Zielkonflikte einer ökologischen Transformation** (Energiewende vs. Naturschutz) bedient, um daraus eine pauschale Ablehnung von Klimaschutz zu begründen. Gerade in neurechten Milieus seien Natur- und Artenschutz häufig nur „Mittel zum Zweck, um demokratiezerstörerischen Einfluss auf die Mitte der Gesellschaft zu erringen“ (Schroeder und Frohn 2022, S. 13), da gleichzeitig umweltschützende Regularien in anderen Bereichen, beispielsweise in der Landwirtschaft, abgelehnt würden.

Zum anderen ist die Argumentation der **negativen ästhetischen Auswirkungen von Windkraftanlagen auf das Landschaftsbild** wiederkehrend. Hier werde häufig von einer „Verspargelung“ der heimatlichen Umwelt gesprochen (Humpert et al. 2021, S. 29). Der Ausbau erneuerbarer Energien komme einer „Vernichtung“ der symbolisch aufgeladenen Kulturlandschaften gleich, so beispielsweise die AfD (Veit 2022, S. 146). Auffällig ist hier ebenfalls die **selektive Anwendung der Argumentationslogik**: Während Windräder vermeintlich das Landschaftsbild zerstörten, gelte dieses Argument nicht für den Kohleabbau (Götze 2019, S. 90).

Dennoch sollte das Narrativ des Umwelt- und Heimatschutzes nicht rein instrumentell verstanden werden. Anhand einer Analyse „rechter“ Medien in Deutschland zeigen Forchtner und Özvatan (2020), dass **Ökologie ein zentrales Element „rechter“ Kommunikation** darstelle, welches durchaus auf ideologische Gründe zurückgeführt werden könne (siehe auch Forchtner et al. 2018). Besonders in völkischen und rechtsextremen Kreisen werde häufig ein naturverbundener und ökologisch orientierter Lebensstil praktiziert, der mit nationalistischem

¹³ Eine ähnliche Argumentationsweise findet sich in der neo-malthusischen These der Überbevölkerung, wonach das globale Ökosystem vor allem durch die Masse an Menschen und weniger durch das fossile Wirtschaftssystem überfordert sei. Dieses Narrativ, das weit in liberale Kreise hineinreicht, lädt dabei nicht nur zur Verantwortungsvermeidung, sondern auch zu sozialdarwinistischen und rassistischen Forderungen nach Bevölkerungs- und Geburtenkontrollen im Globalen Süden ein. Nicht alle, die sich auf die These der Überbevölkerung berufen, argumentieren dabei auf ökofaschistische oder rechtsextreme Weise, jedoch bietet das Narrativ eine breite Anschlussfähigkeit für antidemokratische Akteur*innen (Passeick 2018, S. 9 ff.).

Gedankengut einher gehe (Röpke und Speit 2020)¹⁴. Entlang eines **ökofaschistischen Weltbildes** werde dabei in der Regel unterschieden zwischen der heimatlichen Umwelt, die es zu schützen und zu erhalten gelte, und einem globalen Klima, welches eine nachgelagerte Rolle spiele (Quent et al. 2022, S. 111). Natur- und Heimatschutz seien hier häufig verbunden mit einem Sprech von Überbevölkerung und dem Ruf nach mehr Grenzschutz, der Abkehr von grenzüberschreitender Migration oder einer rassistischen Bevölkerungspolitik (ebd., S. 112 f.).

3 Herausforderungen und offene Fragen für die Umweltpolitik

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass alle angeführten Narrative mit **negativen Zukunftsbildern** arbeiten. Anknüpfend an bestehende Zielkonflikte einer ökologischen Transformation werden mittels **Emotionalisierung und Komplexitätsreduktion** sowie **Verschwörungserzählungen** und einer dauerhaft präsenten **Krisenrhetorik** schreckensbehaftete Zukunftsszenarien gezeichnet, welche Sorgen und Ängste verstärken. Ein moralisch aufgeladener **Dualismus** zwischen dem „guten Volk“ und den „bösen Eliten“ sowie überspitzte **Feindbilder** und fortschreitende **Ausgrenzung oder Andersmachung** dienen dazu, einen einheitlichen Volkswillen zu imaginieren und umweltpolitische Akteur*innen oder Maßnahmen zu delegitimieren. Diese rhetorischen Mittel werden in der Literatur als charakteristisch für den Populismus herausgestellt (Jacob et al. 2020, S. 306; Forchtner und Özvatan 2022, S. 210; Reusswig und Küpper 2020, S. 71; Atkins und Menga 2022, S. 225).

Der rhetorische Alarmismus spricht laut Quent et al. (2022) „die Verlustängste und Zukunftsunsicherheit vieler Menschen an, er erweckt negative Emotionen und bekräftigt böse Vorahnung“ (S. 107). Dabei zeigen Reusswig und Küpper (2023, S. 310), dass Menschen, die sich selbst, Personen wie sie oder Deutschland im Allgemeinen als besonders krisenbetroffen wahrnehmen, u. a. zu klimapolitisch regressiven Positionen tendieren, „weil sie eher zum Populismus neigen oder sich davon ansprechen lassen“ (ebd.). In Zeiten multipler Krisen und gesellschaftlichen Wandels liege demnach eine zentrale **Herausforderung der Umweltpolitik darin, positive Zukunftsaussichten zu zeichnen und die Chancen von Transformation glaubhaft aufzuzeigen, ohne die nötigen Veränderungen zu beschönigen** (Sommer et al. 2022, S. 143 f.).

Darüber hinaus zeigt die Forschungsliteratur, dass die populistische Metaerzählung von einem einheitlichen Volk und einer korrupten Elite im umweltpolitischen Kontext über eine Vielzahl an konkreten Interventionen verbreitet wird. So finde sich umweltbezogener Populismus beispielsweise in Kommentaren, Memes und Hashtags in den sozialen Medien, aber auch in alternativen Medienformaten sowie in der klassischen Presse (Quent et al. 2022, S. 99 ff.; Richter et al. 2022, S. 87; Matlach et al. 2021). Zudem würden umweltbezogene populistische Narrative über (pseudo)wissenschaftliche Aktivitäten (Schmid-Petri und Bürger 2022; Boussalis und Coan 2016; Quent et al. 2022, S. 103 und S. 183 ff.), parlamentarische Anfragen und Gesetzesinitiativen (Reusswig et al. 2020, S. 155) oder lokale (Protest)Bewegungen (Reusswig et al. 2020; Ewen und Horelt 2019) verbreitet. Eine zweite zentrale **Herausforderung für die Umweltpolitik liegt daher in der Entwicklung unterschiedlicher Maßnahmen, die umweltbezogenen Populismus in seinen vielfältigen Erscheinungsformen adressieren.**

¹⁴ In der Literatur wird die Naturschutzbewegung wiederkehrend als ein in Teilen historisch konservatives, bzw. reaktionäres Projekt beschrieben, das sich Ende des 19. Jahrhunderts gegen die Industrialisierung gewendet habe und mit einem Rekurrieren auf eine romantisch verklärte Vergangenheit einhergegangen sei (Forchtner 2020, S. 4 f.; Quent et al. 2022, S. 111 f.). Auch im Nationalsozialismus seien laut Staudenmaier (2011[1995]) Naturschutz und rechtsextremes Gedankengut eng verknüpft gewesen, beispielsweise in der völkischen Blut-und-Boden- oder der Lebensraum-Ideologie.

Diese Maßnahmen sollten **präventiv sowie reaktiv** gestaltet sein. Prävention umfasst dabei allen voran jene Maßnahmen, die die Ursachen von umweltregressivem Populismus adressieren und populistischen Interventionen vorgehen. Reaktive Maßnahmen hingegen, reagieren auf bereits bestehende populistische Interventionen und ihre Folgen. Mit Blick auf Präventivmaßnahmen liegt eine zentrale Aufgabe darin, die Ursachen für populistische Interventionen im Bereich der Umweltpolitik zu identifizieren und darauf aufbauend langfristige Ursachenbekämpfung zu betreiben, die über die Zuständigkeit des Umweltressorts hinausgehen kann. Eine Herausforderung liegt hier im Zeitnachteil, da informierte Aufklärungsarbeit im Vergleich zur Verbreitung populistischer Thesen aufwändig ist. Weiterhin muss genauer untersucht werden, inwiefern auch Regierungs- und Oppositionsmitglieder selbst die populistische Rhetorik bedienen und dadurch umweltpolitisch regressiven Tendenzen Vorschub leisten.

Die angeführten Narrative zeigen außerdem, dass die populistische Metaerzählung in der Umweltpolitik häufig in Verbindung mit autoritären oder nativistischen Einstellungen auftritt. So liegt eine dritte übergeordnete **Herausforderung für die Umweltpolitik darin, Populismus als teils eigenständiges, teils überlappendes Phänomen zu anderen Problembeschreibungen zu erkennen**. Eine Gleichsetzung mit Extremismus birgt beispielsweise die Gefahr, jene populistischen Interventionen aus dem Blick zu verlieren, die nicht verfassungswidrig sind und dennoch eine delegitimierende Wirkung auf die Umweltpolitik ausüben. Eine Gleichsetzung mit Polemik oder mit einfachen Verkürzungen hingegen, droht die demokratiegefährdende Wirkung von Populismus zu verharmlosen. Hier kann Umweltpolitik einen Beitrag leisten, populistische Interventionen als solche zu erkennen und zu benennen.

Weiterhin offen ist, inwiefern die oben angeführten umweltbezogenen populistischen Narrative dominant bleiben oder sich verändern, und **welche weiteren umweltpolitisch relevanten Narrative entstehen** werden. So ist zu erwarten, dass sich auch die bespielten Themenfelder, die Strategien zur Verbreitung umweltbezogener populistischer Narrative sowie die populistisch intervenierenden Akteur*innen und ihre Kommunikationswege im Kontext unterschiedlicher gesellschaftlicher Herausforderungen immer wieder verändern werden. Gilt es wirksame Umgangsstrategien und -maßnahmen zu entwickeln, so ist eine Auseinandersetzung mit den in der Wissenschaft identifizierten Ursachen demnach unabdingbar. Die Ursachen für populistisches Erstarken im Bereich der Umweltpolitik sind jedoch vielschichtig und komplex. In welcher Tiefe sie zu berücksichtigen sind und inwiefern sie Ansatzpunkte liefern, um **trendunabhängig auf umweltbezogenen Populismus reagieren** zu können, ist Gegenstand der weiteren Diskussion.

Quellenverzeichnis

- Atkins, E. und Menga, F. (2022): Populist ecologies. In: *Area*, 54, 2, S. 224–232
- Beermann, A.-C.; Förster, H.; Hünecke, K.; Schrems, I.; Schumacher, K. (2021): Verteilungswirkungen eines fortschreitenden Klimawandels. Forschungsbericht 582. Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) und Öko-Institut e.V., Berlin und Freiburg. https://foes.de/publikationen/2021/2021-09_FOES_Verteilungswirkungen_eines_fortschreitenden_Klimawandels.pdf (30.11.2023)
- Blühdorn, I. (2020): Demokratie der Nicht-Nachhaltigkeit – Begehung eines umweltsoziologischen Minenfeldes. In: I. Blühdorn, I.; Butzlaff, F.; Deflorian, M.; Hausknost, D.; Mock, M. [Hrsg.]: Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit – Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Transcript Verlag, Bielefeld, S. 303–344
- Blumenthaler, L. (2022): Antifeministische Angriffe nehmen zu. Online-Tool gegen-antifeminismus.de vorgestellt. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/pressemitteilungen/antifeministische-angriffe-nehmen-zu-online-tool-gegen-antifeminismus-de-vorgestellt/> (25.07.2023)
- Böhmelt, T.; Koubi, V.; Bernauer, T. (2023): Why populism may facilitate non-state actors' access to international environmental institutions. In: *Environmental Politics*, 32, 3, S. 511–531
- Boussalis, C.; Coan, T. G. (2016): Text-mining the signals of climate change doubt. In: *Global Environmental Change*, 36, S. 89–100
- Brunnengräber, A. (2018): Klimaskeptiker im Aufwind – Wie aus einem Rand- ein breiteres Gesellschaftsphänomen wird. In: O. Kühne, O.; Weber, F. [Hrsg.]: Bausteine der Energiewende. Springer VS, Wiesbaden, S. 271–292
- Dave, A; Boardman Ndulue, E.; Schwartz-Henderson, L. (2020): Targeting Greta Thunberg: A Case Study in Online Mis/Disinformation. Juli 2020, Nr. 11, German Marshall Fund of the United States, Washington DC, Ankara, Belgrade, Berlin, Brussels, Bucharest, Paris, Warsaw. https://www.gmfus.org/sites/default/files/Dave%2520et%2520al%2520-%2520Targetting%2520Greta%2520Thunberg_July%25202022.pdf (18.06.2023)
- Decker, F. (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Decker F. [Hrsg.] *Populismus Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: Springer VS, S. 9–32
- Decker, F.; Lewandowsky, M. (2017): Rechtspopulismus in Europa – Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: *Zeitschrift für Politik*, 64, 1, S. 21–38
- Diehl, P. (2017): Was ist Populismus? Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/260878/was-ist-populismus/>
- Eichenauer, E.; Reusswig, F.; Meyer-Ohlendorf, L.; Lass, W. (2018): Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: Kühne, O.; Weber, F. [Hrsg.]: Bausteine der Energiewende. Springer VS, Wiesbaden, S. 633–651
- Ewen, C. Horelt, M. (2019): Die Bühnen der Beteiligung – Gestaltung informeller Bürgerbeteiligungsprozesse bei Windenergieplanungen und ihre Auswirkung auf Protestmobilisierung und Verfahrenslegitimität. In: Radtke, J.; Canzler, Weert; Schreurs, Miranda; Wurster, Stefan [Hrsg.]: *Energiewende in Zeiten des Populismus*. Springer VS, Wiesbaden, S. 391–421
- Forchtner, B.; Kølvråa, C. (2015): The Nature of Nationalism. Populist Radical Right Parties on Countryside and Climate. In: *Nature and Culture*, 10, 2, S. 199–224
- Forchtner, B.; Kroneder, A.; Wetzel, D. (2018): Being Skeptical? Exploring Far-Right Climate-Change Communication in Germany. In: *Environmental Communication*, 12, 5, S. 589–604

- Forchtner, B. (2020): Far-right Articulations of the Natural Environment – An Introduction. In: Forchtner, B. [Hrsg.]: *The Far Right and the Environment*. 1. Auflage, Routledge, London, S. 1–17
- Forchtner, B.; Özvatan, Ö. (2020): Beyond the ‘German Forest’ – Environmental communication by the far right in Germany 1. In: Forchtner, B. [Hrsg.]: *The Far Right and the Environment*. 1. Auflage, Routledge, London, S. 216–236
- Forchtner, B.; Özvatan, Ö. (2022): De/legitimising EUrope through the performance of crises – The far-right Alternative for Germany on “climate hysteria” and “corona hysteria”. In: *Journal of Language and Politics*, 21, 2, S. 208–232
- Götze, S. (2019): Heimat, Boden & Natur. Warum die AfD für den Tierschutz, aber gegen die Energiewende ist. In: Walther, E.; Isemann, S. D. [Hrsg.]: *Die AfD – psychologisch betrachtet*. Springer VS, Wiesbaden, S. 81–103
- Götze, S.; Kirchner, S. (2016): *Die Umweltpolitik der Alternative für Deutschland (AfD) – Eine politische Analyse*. Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Dresden. <https://weiterdenken.de/de/2016/02/05/die-umweltpolitik-der-alternative-fuer-deutschland-afd> (18.07.2023)
- Humpert, F.; Kadelke, P.; Möstl, C.; Schad, M.; Sommer, B. (2021): *Auf Kosten des Volkes – Rechtspopulistische Positionen zu Klima und Umwelt*. Europa-Universität und Technische Universität, Flensburg und Dortmund
- IPCC (2023): Summary for Policymakers. In: Lee, H.; Romero, J. [Hrsg.]: *Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. IPCC, Geneva, S. 1–34
- Jacob, K.; Schaller, S.; Carius, A. (2020): Populismus und Klimapolitik in Europa. In: Kaeding, M.; Müller, M.; Schmäler, J. [Hrsg.]: *Die Europawahl 2019 – Ringen um die Zukunft Europas*. Springer VS, Wiesbaden, S. 301–311
- Kaestner, K.; Sommer, S. (2021): Kapitel 10 – Verteilungswirkungen. In: Luderer, G.; Kost, C.; Sörgel, D. [Hrsg.]: *Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 – Szenarien und Pfade im Modellvergleich*. Ariadne-Report, Potsdam Institute for Climate Impact Research, Potsdam, S. 280–300
- King, J.; Janulewicz, L.; Arcostanzo, F. (2022): Deny, Deceive, Delay: Documenting and Responding to Climate Disinformation at COP26 and Beyond. Institute for Strategic Dialogue. <https://www.isdglobal.org/isd-publications/deny-deceive-delay-documenting-and-responding-to-climate-disinformation-at-cop26-and-beyond-full/> (30.11.2023)
- Knopper, L. D.; Ollson, C. A. (2011): Health effects and wind turbines – A review of the literature. In: *Environmental Health*, 10, 78
- Kumkar, N. C. (2022): *Alternative Fakten*. Suhrkamp, Berlin
- Küppers, A. (2022): ‘Climate-Soviets,’ ‘Alarmism,’ and ‘Eco-Dictatorship’: The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany. In: *German Politics* 0, 0, S. 1–21
- Lamberty, P.; Nocun, K. (2023): “It’s a money industry, ok? It’s a hoax” – Verschwörungserzählungen im Kontext der Klimakrise. In: Meilicke, T.; Strobel, C. [Hrsg.] *Aufgeheizt. –Verschwörungserzählungen rund um die Klimakrise*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 45–73
- Lockwood, M. (2018): Right-wing populism and the climate change agenda: Exploring the linkages. In: *Environmental Politics*, 27, 4, S. 712–732
- Manow, P. (2021): Repräsentative Politik zwischen Demokratisierung und Entdemokratisierung. In: *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte. Zustand der Demokratie*, 26-27/2021, S. 32–38.
- Marg, S. (2023): Zwischen überhöhten Erwartungen und fehlendem Vertrauen: Wissenschaftsgläubigkeit und -skepsis im Kontext der Energiewende. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 8, 1, S. 30–45

- Matlach, P.; Janulewicz, Ł. (2021): Kalter Wind von Rechts – Wie rechte Parteien und Akteur:innen die Klimakrise zu ihren Gunsten missbrauchen. Institute for Strategic Dialogue, London
- Matlach, P.; Schwieter, C.; Janulewicz, Ł.; Heyden, N. (2021): Deutschland und der angebliche Klimalockdown. Institute for Strategic Dialogue, London
- McCunney, R. J.; Mundt, K. A.; Colby, D. W.; Dobie, R.; Kaliski, K.; Blais, M. (2014): Wind turbines and health. a critical review of the scientific literature. In: *Journal of Occupational and Environmental Medicine*, 56, 11, S. 108–130
- Meilicke, T.; Strobel, C. (2023): Einleitung. In: Meilicke, T.; Strobel, C. [Hrsg.] *Aufgeheizt – Verschwörungserzählungen rund um die Klimakrise*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 11–17
- Merkel, W. (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, P.; Kubbe, I.; Poguntke, T. [Hrsg.]: *Parties, Governments and Elites – Vergleichende Politikwissenschaft*. Springer VS, Wiesbaden, S. 9–23
- Mudde, C. (2014): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition*, 39, 4, S. 541–563
- Mudde, C. (2016): *The Study of Populist Radical Right Parties*. C-REX Working Paper, University of Oslo, Oslo
- Müller, J.-W. (2016): Was ist Populismus? In: *Zeitschrift für Politische Theorie* 7, 2, S. 187–201
- Müller, M.; Precht, J. (2019): *Narrative des Populismus – Erzählmuster und -strukturen populistischer Politik*. Springer VS, Wiesbaden
- Nocun, K. (2023): Gefährliche Klimamythen. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/gefaehrliche-klimamythen-100.html> (18.06.2023)
- Noka, V.; Hünecke, K.; Schumacher, K. (2021): *Literaturstudie über die Verteilungswirkungen klimapolitischer Instrumente. Überblick des Wissenstands zu den Verteilungswirkungen von Instrumenten für die Regulierung von Treibhausgasemissionen*. Öko-Institut e.V., Berlin
- Otteni, C.; Weisskircher, M. (2022): AfD gegen die Grünen? Rechtspopulismus und klimapolitische Polarisierung in Deutschland. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 35, 2, S. 317–335
- Passeick, Y. (2018): *Die Mär der Überbevölkerung*. In: *Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz – Eine Handreichung*. Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz, Berlin, S. 9–11
- Quent, M.; Richter, C.; Salheiser, A. (2022): *Klimarassismus – Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*. Piper, München
- Radtke, J.; Canzler, W.; Schreurs, M.; Wurster, S. (2019): *Energiewende in Zeiten des Populismus*. Springer VS, Wiesbaden
- Rahmstorf, S.; Schellnhuber, H., J. (2014): *Der Klimawandel – Diagnose, Prognose, Therapie*. C.H. Beck, München
- Rensmann, L. (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, F. [Hrsg.] *Populismus Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: Springer VS, S. 59–80
- Reusswig, F.; Lass, W.; Bock, S. (2020): Abschied vom NIMBY – Transformationen des Energiewende-Protests und populistischer Diskurs. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*, 33, 1, S. 140–160
- Reusswig, F.; Küpper, B. (2020): Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört? Klima- und Corona-Krise als neue Reallabore rechter Akteursallianzen. In: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 5, 2, S. 62–80
- Reusswig, F.; Küpper, B. (2023): *Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine*. In: Zick, A.; Küpper, B.; Mokros, N. [Hrsg.]: *Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Dietz Verlag, Bonn, S. 289–314

- Reusswig, F.; Küpper, B.; Rump, M. (2021a): Propagandafeld. Klima. In: Zick, A.; Küpper, B. [Hrsg.]: Die geforderte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Dietz Verlag, Bonn, S. 262–282
- Reusswig, F.; Küpper, B.; Lass, W.; Bock, S.; Schatzschneider, J. (2021b): Populismus und Energiewende. DEMOKON – Research Paper I, Potsdam und Mönchengladbach.
https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf (23.05.2023)
- Richter, C.; Klinker, F.; Salheiser, A. (2022): Klimadiktatur? Rechte Ideologie und Verschwörungsnarrative zur Klimapolitik in den sozialen Netzwerken. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie – Tagungsband zur Online-Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“, Band 11. Jena, S. 80–93
- Röpke, A.; Speit, A. (2020): Völkische Landnahme – Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos. Ch. Links Verlag, Berlin
- Sarathchandra, D.; Haltinner, K. (2021): How Believing Climate Change is a “Hoax” Shapes Climate Skepticism in the United States. In: *Environmental Sociology*, 7,3, S. 225–238
- Schaller, S.; Carius, A. (2019): Convenient Truths – Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. adelphi, Berlin
- Schmid-Petri, H.; Bürger, M. (2022): The effect of misinformation and inoculation. Replication of an experiment on the effect of false experts in the context of climate change communication. In: *Public Understanding of Science*, 31, 2, S. 152–167
- Schroeder, W.; Frohn, H. (2022): Rechte Aktivitäten im Naturschutz. NABU-Bundesverband, Berlin
- Selk, V.; Kemmerzell, J.; Radtke, J. (2019): In der Demokratiefalle? Probleme der Energiewende zwischen Expertokratie, partizipativer Governance und populistischer Reaktion. In: Radtke, J.; Canzler, W.; Schreurs, M.; Wurster, S. [Hrsg.]: *Energiewende in Zeiten des Populismus*. Springer VS, Wiesbaden, S. 31–66
- Selk, V.; Kemmerzell, J. (2022): Positionen zu Nachhaltigkeit im rechten politischen Denken. Fundamentalpolitisierung, Neutralisierung und retrograde Adaption. In: *ZfP - Zeitschrift für Politik*, 69, 3, S. 303–318
- Skudlarek, J. (2023): Mentale Irrwege – Die Macht von Verschwörungstheorien. In: Meilicke, T.; Strobel, C. [Hrsg.] *Aufgeheizt. – Verschwörungserzählungen rund um die Klimakrise*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S. 18–42
- Sommer, B.; Schad, M.; Kadelke, P.; Humpert, F.; Möstl, C. (2022): Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze. oekom, München:
- Staudenmaier, P. (2011[1995]): Fascist ecology: The ‘green wing’ of the Nazi party and its historical antecedents. In: Biehl, J.; Staudenmaier, P. [Hrsg.]: *Ecofascism Revisited: Lessons from the German Experience*. New Compass Press, Porsgrunn, Norway, S. 13–42
- Sturm, G. (2020): Populismus und Klimaschutz – Der AfD-Klimadiskurs. In: *Soziologiemagazin*, 13, 2, S. 69–92
- Turner, J.; Bailey, D. (2022): ‘Ecobordering’. Casting immigration control as environmental protection. In: *Environmental Politics*, 31, 1, S. 110–131
- Van der Linden, S. (2015): The conspiracy-effect: Exposure to conspiracy theories (about global warming) decreases pro-social behavior and science acceptance. *Personality and Individual Differences*, 87, S. 171–73
- Van Rensburg, W. (2015): Climate Change Scepticism: A Conceptual Re-Evaluation. In: *SAGE Open*, 5, 2
- Veit, K. (2022): „Gender-Ideologie“ und „Klimahysterie“ – Der Natur-Geschlechter-Nexus im rechten und extrem rechten Denken. In: *ZREx – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 2, 1, S. 141–158
- Winter, K.; Hornsey, M. J.; Pummerer, L.; Sassenberg, K. (2022): Anticipating and defusing the role of conspiracy beliefs in shaping opposition to wind farms. In: *Nature Energy*, 7, 12, S. 1200–1207

Impressum

Herausgeber

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
buergerservice@uba.de
Internet:
www.umweltbundesamt.de
[f/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)
[t/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)

Stand: Februar/2024

Autorenschaft, Institution

Albert Denk, Freie Universität Berlin,
albert.denk@fu-berlin.de

Johanna Siebert, Das Progressive Zentrum,
johanna.siebert@progressives-zentrum.org